

**Antrag 87/I/2021 FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung
Für eine kohärente werte-, normen- und interessenbasierte China-Strategie für Deutschland und Europa**

Beschluss: Annahme

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die deutsche Außenpolitik eine langfristige China-Strategie für Deutschland und Europa im Sinne der Resilienzstärkung demokratischer Werte entwickelt. Diese sollte auf den Grundwerten der regelbasierten, multilateralen Ordnung und der universalen Menschenrechte basiert sein. Technologische Fortschritte und die Anforderung einer proaktiven Gestaltung dieser sollen ebenso im Blick behalten werden wie die Stärkung der europäischen wirtschaftlichen Souveränität.

Auf Landesebene fordern wir:

1. Einen gezielten Ausbau der China-Expertise in Deutschland, einschließlich der stärkeren Nutzung ehrenamtlicher, innerparteilicher Expertise, der Fraktion im Bundestag und Europaparlament.
2. IT-Ausrüstungen, auf die die öffentliche Hand Einfluss hat, sollten nicht aus China (sondern bevorzugt aus der Europäischen Union) kommen.

Auf Bundesebene fordern wir:

1. Einen gezielten Ausbau der China-Expertise in Deutschland, einschließlich des SPD-Parteivorstands, der Fraktion im Bundestag und Europaparlament und innerhalb der Landesverbände.
2. Sicherzustellen, dass die Bundesregierung eine eingehende Evaluierung der deutschen und europäischen Lieferketten in allen mit China verflochtenen kritischen Industrien beginnt, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden oder zu beseitigen und die für die Versorgungssicherheit notwendige Diversifizierung sicherzustellen.
3. Eine umfassende öffentliche Aufklärungsinitiative zu ausländischen Desinformationskampagnen im Sinne des umzusetzenden Digital Services Act, einschließlich denen aus China, zu initiieren.

Auf EU-Ebene fordern wir:

1. Eine stärkere EU-Exportkontrolle beim Handel mit militärisch oder zivil nutzbaren Dual-Use-Gütern wie beispielsweise Überwachungstechnologien. EU-Unternehmen müssen sich hier stets an menschenrechtlichen Sorgfaltsstandards halten.
2. Den koordinierten Ausbau der bislang nur ansatzweise existierender Tracker von Daten zu Investitionen von Drittstaaten einschließlich China innerhalb der EU zu einem umfassenden Überblick
3. Eine Erweiterung des regionalen Umfangs und eine bessere Koordinierung der Ressourcen zur Umsetzung der EU-Konnektivitätsstrategie
4. Die Ergänzung der East Stratcom Task Force des EAD durch ein Team aus China-Expert*innen.
5. Die Schaffung eines EAD-Trackers für bilaterale Gespräche der EU-Mitgliedstaaten zur Erleichterung von Entwicklung und Umsetzung einer pan-europäischen Strategie im Umgang mit China.
6. Die Schaffung einer EU-weiten öffentlichen Aufklärungsinitiative zu United Front Aktivitäten sowie Einführung eines China-spezifischen Registers zur Erfassung von chinesischen Versuchen der Einflussnahme auf Politik- und Wirtschaftsakteure in der EU.

Auf multilateraler Ebene fordern wir:

1. Die gezielte Förderung von Repräsentant*innen aus Deutschland und der EU – inklusive verbündeter Staaten – im Hinblick auf Kandidaturen in führenden Positionen in internationalen Organisationen (allen voran in den UN und ihren Gremien). Das Ziel muss es dabei sein, der Staatengemeinschaft personelle Alternativen zu chinesischen Kandidaturen (und verbündeten Staaten) anzubieten und damit chinesischen Versuchen der Unterlaufung von bereits vereinbarten politischen, menschenrechtlichen, wirtschaftlichen und technologischen Standards entgegenzuwirken, die mit chinesischem Führungspersonal wahrscheinlicher ist. Auch die SPD sollte sich vermehrt die personelle Förderung sozialdemokratischer Werte innerhalb der Vereinten Nationen zum Ziel machen.
2. Eine dauerhafte und breit angelegte Finanzierung internationale Organisationen mit breit gestreuten und höheren Pflichtbeiträgen sowie weniger freiwilligen Beiträgen, um zum einen die langfristige Arbeitsfähigkeit internationaler Organisationen zu gewährleisten.
3. Die konsequente strategische Zusammenarbeit mit demokratischen Staaten aus der EU und anderen (auch im Globalen Süden) innerhalb der UN und anderen internationalen Organisationen, um bei Themen, Wahlen und Abstimmungen gezielt und kohärent Mehrheiten zu bilden, welche die demokratieorientierte, wertebasierte multilaterale Weltordnung unterstützen. Ein Projekt im Rahmen einer Gruppe von gleichgesinnten Staaten, einschließlich aller EU-Mitgliedstaaten, eine Finanzierungsinitiative für den 5- und 6G-Ausbau zu schaffen, wäre ein Beispiel. Diese sollte auch als erster Schritt dazu dienen, Staaten des Globalen Südens eine auf demokratischen Werten basierte Alternative zur "Digitalen Seidenstraße" anzubieten.

Überweisen an

AH Fraktion, Bundesparteitag 2023, Landesgruppe, MdEP, Senat

Stellungnahme(n)

Stellungnahme der AH-Fraktion 2022:

Peking als eine der siebzehn Städte, mit denen Berlin Städtepartnerschaften pflegt, ergänzt Berlin die deutschen Außenbeziehungen durch die Perspektive der Metropole. Der Besuch des ehem. Regierenden Bürgermeisters Michael Müller in Peking im Jubiläumsjahr der Städtepartnerschaft 2019 verdeutlichte, dass die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Peking einen wichtigen Beitrag für die internationale Verständigung leistet und eine Grundlage für das gemeinsame Arbeiten an Lösungen für die Zukunftsfragen der Metropolen ist. Gerade vor dem Hintergrund der Geschichte Berlins gehört zum Austausch, Gefahren für Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und die Einhaltung der Menschenrechte beständig anzusprechen. Schwerpunkte der Zusammenarbeit lagen im Bereich der Stadtentwicklung, urbaner Mobilität, Wissenschaft sowie im Bereich Kultur und Sport.

Stellungnahme des Senats 2022:

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand bezieht das Land Berlin keine IT-Ausrüstung aus China, die Einfluss auf die öffentliche Hand haben könnte.

Stellungnahme der Landesgruppe 2022:

Die Ampel-Koalition wird die China-Politik unter Kanzlerin Angela Merkel nicht weiter fortführen. Zukünftig werden die deutschen Beziehungen mit China entlang den Dimensionen Partnerschaft, Wettbewerb und Systemrivalität gestaltet. Wo immer möglich, werden wir Kooperationen basierend auf der Grundlage der Menschenrechte und dem geltenden internationalen Recht suchen. Gleichzeitig befinden wir uns in einem zunehmenden Systemwettbewerb mit China. Um unsere Werte und Interessen verwirklichen zu können, brauchen wir eine umfassende China-Strategie in Deutschland im Rahmen der gemeinsamen EU-China Politik. Diese wird derzeit vom Auswärtigen Amt vorbereitet. Darüber hinaus streben wir eine enge Abstimmung mit unseren transatlantischen Verbündeten an und wollen mit gleichgesinnten Ländern zusammenarbeiten, um strategische Abhängigkeiten gegenüber China zu reduzieren. Der Umgang mit einem selbstbewussten China erfordert differenziertes und umfassendes Wissen über das Land. Daher wurde im Koalitionsvertrag festgehalten, dass die deutsche China-Kompetenz deutlich ausgebaut werden soll. Der Ausbau von China-Kompetenz wird dabei als eine Querschnittsaufgabe auf nationaler Ebene und innerhalb der Europäischen Union gesehen. Es wird ein ressortübergreifender Ansatz zum Ausbau von Kompetenzen verfolgt und diese wird über die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) bzw. Austauschformate auch in die Bundesländer getragen.